

Der Erste Stadtrat, Herr Hillgruber, erhält vom Vorsitzenden das Wort zur Einführung.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber berichtet, dass die EU-Zuwanderung in die Stadt Neumünster in 2016 nennenswert gestiegen sei. Im Handlungskonzept EU-Zuwanderung 2019 würden sechs Handlungsfelder beschrieben werden. Herr Erster Stadtrat Hillgruber legt dar, dass es sich hierbei um ein Rahmenkonzept handle und Einzelvorlagen gesondert folgen würden.

Er gibt das Wort an Frau Layden weiter, die das Handlungsfeld Erziehung und Bildung exemplarisch erläutert.

Frau Layden weist darauf hin, dass die Mehrheit dieser zugewanderten Menschen ohne Schulabschluss sei oder dieser nur gering ausfalle. Es sei eine Herausforderung und bedürfe des Zusammenwirkens aller maßgeblich Beteiligten, Bildungsaffinität herzustellen und dafür zu sorgen, dass die Kinder Kindertageseinrichtungen und Schulen besuchen. In diesem Zusammenhang gebe es verschiedene Angebote und Maßnahmen, die im Konzept aufgelistet seien.

Sehr gut angenommen werde das offene Angebot der städtischen Kinder- und Jugendarbeit im Vicelinviertel „KiVi“ und auch die Sprachmittlerin für Rumänisch, die im Projekthaus eingesetzt sei, arbeite sehr erfolgreich. Eine gelingende Verständigung sei generell ein erfolgversprechender Weg.

Problematisch sei, dass die EU-2-Bürgerinnen und -Bürger nur einen erschwerten Zugang zu Integrationskursen hätten, die zudem oft auch sehr teuer und für sie nicht finanzierbar seien.

Bei den Maßnahmen sei eine aufsuchende Betreuung hilfreich.

Frau Dannenmann, die eine Kindertagesstätte leitet, spreche sich für Sprachkurse mit Kinderbetreuung aus.

In der weiteren Diskussion geht es um das Zusammenleben mit den EU-2-Bürgerinnen und -Bürgern bzw. das Handlungsfeld Recht und Ordnung.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber stellt heraus, dass die Zuwanderung im Rahmen der Freizügigkeit im Rahmen der EU rechtens sei und dass die Menschen, die sich integrieren wollten, Hilfe bekämen.

Frau Layden berichtet, dass die Arbeitsgruppe des Interventionsteams unter Beteiligung des kommunalen Ordnungsdienstes erfolgreich arbeite und die Zusammenarbeit mit allen relevanten Fachbereichen intensiviert werden solle.

Ratsherr Matthiesen merkt nach Worterteilung durch den Vorsitzenden an, dass die Problematik sehr ernst zu nehmen und zu bedenken sei, dass nicht alle zugewanderten EU-2-Bürgerinnen und -Bürger problemlos integrierbar seien. Verwaltung und Fachleute sollten sich des Themas mit höchster Priorität annehmen, damit nicht andere Kräfte zum Zuge kämen. Er legt dar, dass die Polizei in jedem Fall käme, wenn sie zu Hilfe gerufen werde.

Frau Schwede-Oldehus berichtet aus ihrer Stadtteilbeiratsarbeit, dass Bürgerinnen und Bürger Probleme des Zusammenlebens mit zugewanderten EU-2-Bürgerinnen und -Bürgern oft schilderten und nach Hintergründen und Lösungen fragten.

Es wird ausgeführt, dass der kommunale Ordnungsdienst am kommenden Wochenende zu Prüfungen im Einsatz sei.

Nach Meinung von Frau Hartmann liege ein gutes Arbeitskonzept vor und sie wünsche sich einen Tätigkeitsbericht nach einem Jahr, was befürwortet werde.

Hingewiesen wird auf das Problem des Ratten- und sogar Kakerlakenbefalls infolge von Vermüllung.

Frau Lingelbach möchte gerne wissen, ob nachgewiesen werden könne, wieviele Wechsel in den Unterkünften in der Belegung stattfinden würden und wie lange die Menschen hier blieben.

Lt. Herrn Stadtrat Hillgruber sei die Beantwortung nur teilweise möglich. Bei Begehungen werde geprüft, wer in den Unterkünften wohne. Schwerer zu sagen sei, wie lange die Menschen blieben, sofern sie nicht im Leistungsbezug stünden.

Herr Hentschel sehe es als problematisch an, dass die meisten EU-2-Zugewanderten nur als Hilfskräfte tätig sein könnten und sie in Konkurrenz zur hiesigen Bevölkerung stünden. Er befürchte, dass Unternehmen bevorzugt „Billigkräfte“ aus dem Bereich der EU-2-Zugewanderten einsetzen.

Herr Dr. Schröder merkt an, dass diese vielfältigen Probleme weder schnell noch einfach lösbar seien und dass die EU die Freizügigkeit zugelassen hätte und somit auch für Sprachkurse aufkommen müsse.

Er fragt Frau Layden, was sie sich für Maßnahmen wünsche.

Frau Layden wünsche sich einen niederschweligen Zugang zu den EU-2-Zugewanderten sowie finanzielle Mittel. In Schleswig-Holstein fehle aus ihrer Sicht ein Wohnungsaufsichtsgesetz.

Problematik in diesem Bereich sei, dass die Kommunen umsetzen müssten, was Bund und EU den Menschen an Möglichkeiten eröffneten.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Einstimmig beschlossen

**Endgültig entscheidende Stelle:**

Ratsversammlung